	Entwurf	
Baumschutzsatzung Schwerin Entwurf 2014	Hinweise aus TÖB-Beteiligung und öffentlicher Auslegung vom 04.02. – 05.03.2014	Abwägungsvorschlag der Verwaltung
Satzung zum Schutz von Bäumen und frei wachsenden Hecken im Gebiet der Landeshauptstadt Schwerin (Baumschutzsatzung – BSchS)	Keine	
Auf Grundlage des § 29 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 in Verbindung mit § 14 Abs. 3 des Naturschutzausführungsgesetzes vom 23. Februar 2010 (GS Meckl.-Vorp. Gl.Nr.791 - 8) in Verbindung mit § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl M-V S. 205) hat die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin in der Sitzung vom 2014 folgende Satzung beschlossen:	Keine	
§ 1 Geltungsbereich, Schutzzweck		
(1) Diese Satzung stellt neben den unmittelbar geltenden Bestimmungen der §§ 18 und 19 des Naturschutzausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Februar 2010 weitere Bäume im Stadtgebiet Schwerin unter Schutz.	Keine	
(2) Der Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Landeshauptstadt Schwerin.	Keine	

<p>Diese Satzung findet auch Anwendung im räumlichen Geltungsbereich von Naturschutzgebiets- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen, sofern diese Verordnungen keine Regelungen zum Schutz von Bäumen und frei wachsenden Hecken enthalten.</p>		
<p>(3) Die Erklärung der Bäume und frei wachsenden Hecken zu geschützten Landschaftsbestandteilen (§ 29 BNatSchG) erfolgt mit dem Ziel, sie zu erhalten, weil sie</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Orts- und Landschaftsbild beleben und gliedern - zur Verbesserung der Lebensqualität und des Kleinklimas beitragen, - die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes fördern und sichern, - der Luftreinhaltung dienen und - vielfältige Lebensräume darstellen. 	Keine	
<p>§ 2 Schutzgegenstand</p>		
<p>(1) Geschützt sind:</p> <p>1. alle Bäume mit einem Stammumfang ab 80 Zentimetern, gemessen in einer Höhe von 1,30 Meter über dem Erdboden; dies gilt auch für Walnussbäume, Esskastanien, Holzapfel, Holzbirne, sowie für Obstbäume, sofern es sich um Hochstammformen handelt. Ist eine Messung in 1,30 Meter Höhe über dem Erdboden aufgrund einer fehlenden Stammverlängerung nicht möglich, so ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz für die Bemessung maßgebend; bei einer Hochstammform befindet sich der Kronenansatz in einer</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband Schwerin): Der Einwender plädiert für die Übernahme der Regelung aus Rostock (alle Bäume ab einem Stammumfang von 50cm geschützt) oder die Beibehaltung des Schutzes von Laubbäumen mit Stammumfängen ab 50 cm für die Stadtteile Lewenberg, Weststadt, Werdervorstadt, Altstadt, Paulsstadt, Feldstadt, Schelfstadt.</p>	<p>Abwägungsvorschlag</p> <p>Nach der TÖB-Beteiligung und der öffentlichen Auslegung wurden 14 schriftliche Stellungnahmen eingereicht. Es gab keine Änderungsvorschläge zu § 2 Schutzgegenstand. Lediglich Bündnis 90/Die Grünen möchten die alte Regelung beibehalten oder das Modell aus Rostock übernehmen. Die übrigen Fraktionen haben sich nicht geäußert. Der Verwaltungsvorschlag orientiert sich am untersten Wert des aktuell in der</p>

<p>Höhe von mindestens 1,60 Metern.</p> <p>2. mehrstämmige Bäume mit Ausnahme von Obstbäumen, sofern zwei Stämme zusammen einen Stammumfang von mindestens 80 Zentimetern, gemessen in einer Höhe von 1,30 Metern über dem Erdboden, aufweisen; liegt der Kronenansatz eines mehrstämmigen Baumes unter einer Höhe von 1,30 Meter, so ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz für die Bemessung maßgebend;</p> <p>3. alle frei wachsenden Hecken mit einer durchschnittlichen Höhe von mindestens 3 m. Als frei wachsende Hecken gelten überwiegend in Zeilenform gewachsene Gehölzstreifen aus Laubgehölzen und/oder Eiben ab einer Länge von 15 m.</p> <p>4. alle Bäume und frei wachsenden Hecken, die aufgrund des Naturschutzausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern oder des Baugesetzbuches als Ausgleichs- bzw. als Ersatzmaßnahme gepflanzt wurden, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 oder 3 nicht erfüllt sind;</p> <p>5. alle Bäume und frei wachsenden Hecken, die aufgrund von § 9 dieser Satzung als Ersatzpflanzungen gepflanzt wurden, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 oder 3 nicht erfüllt sind.</p>	<p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M.-V.:</p> <p>Es sollte klargestellt werden, dass der gesetzliche Schutz von naturnahen Feldhecken nach § 20 NatSchAG M-V von der Satzung unberührt bleiben.</p>	<p>Musterbaumschutzsatzung des Städtetages vorgeschlagenen Mindeststammumfanges. Dieser Vorschlag erscheint weiterhin als gut begründet, entspricht im bundesweiten Vergleich sehr vielen anderen Baumschutznormen und sollte daher beibehalten werden. Dieser Änderungsvorschlag sollte nicht berücksichtigt.</p> <p>Abwägungsvorschlag</p> <p>Die Unterschutzstellung frei wachsender Hecken bezieht sich auf Heckenpflanzungen innerhalb des Stadtgebietes. Die landesweite Unterschutzstellung naturnaher Feldhecken nach § 20 NatSchAG M-V bleibt unberührt. Eine entsprechende Klarstellung findet sich bereits im § 2 (2) Nr.5. Dort wird aber zur weiteren Klarstellung der Begriff „freiwachsenden Hecken“ durch den Begriff „naturnahe Feldhecken“ ersetzt.</p>
<p>(2) Nicht geschützt sind:</p>	<p>Keine</p>	

<p>1. Bäume und frei wachsende Hecken in Baumschulen und Gärtnereien, sofern sie dem betrieblichen Zweck dienen;</p> <p>2. Obstbäume, mit Ausnahme von Hochstammformen außerhalb von Kleingartenanlagen im Sinne des Kleingartenrechts;</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband Schwerin): Es wird der generelle Schutz von Obstbäumen im gesamten Stadtgebiet eingefordert, unabhängig von der Wuchsform als Hochstamm. Der Begriff „Hochstammform“ sollte unter § 4 Begriffsbestimmungen definiert werden.</p>	<p>Abwägungsvorschlag Aktuell sind im Stadtgebiet Obstbäume, sofern es sich um Hochstammformen handelt, nur in den Innenstadtbereichen geschützt. Der Schutz für diese Hochstammformen wird nun auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet. Eine Definition des Begriffes „Hochstammform“ findet sich unter § 2 Abs. 1 Satz 1. Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen wird der Satzungstext geändert in: Nicht geschützt sind: 2. Obstbäume in Kleingartenanlagen im Sinn des Kleingartenrechts.</p>
<p>3. Nadelbäume, mit Ausnahme von Eibe und Ginkgo;</p>	<p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz: Der Ginkgo sollte unter § 2 Abs. 1 aufgeführt werden und bei Abs. 2 Nr. 3 gestrichen werden, weil es sich um keinen Nadelbaum handelt.</p> <p>Herr Knaak für den OBR Mueß: fordert auch weiterhin den Schutz von Eibe und Wacholder</p>	<p>Abwägungsvorschlag Obwohl der Ginkgo auf den ersten Blick Ähnlichkeit mit Laubbäumen (Bedecktsamer) hat, ist er mit den Nadelbäumen näher verwandt und wird deshalb wie sie zu den Nacktsamern gezählt (Wikipedia). Dieser Änderungsvorschlag sollte abgelehnt werden.</p> <p>Abwägungsvorschlag Gemäß § 2 Abs. 2 Punkt 3 unterliegen Eiben weiterhin dem Schutz des Satzung. In der bisherigen Praxis gab es keine Antragstellungen für Wacholder. Die natürliche Wuchsform des Wacholders ist ein Stammbusch, bei dem in einer</p>

<p>4. Bäume und frei wachsende Hecken in denkmalgeschützten Garten-, Friedhofs- und Parkanlagen sowie gestalteten Landschaftsteilen gemäß Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 1 und 2 des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, die mit ihren Abgrenzungen in der aktuellen Denkmalliste der Landeshauptstadt Schwerin und des Landesamtes für Denkmalpflege MV festgelegt sind, sofern zwischen der unteren Naturschutzbehörde und der zuständigen Denkmalschutzbehörde einvernehmlich ein Konzept zu Pflege, Erhaltung und Entwicklung des Parkbaumbestandes erstellt wurde;</p> <p>5. Bäume und frei wachsende Hecken, soweit sie nach den Vorschriften des Landeswaldgesetzes oder des Naturschutzausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern geschützt sind und</p> <p>6. abgestorbene, umgebrochene und umgeworfene Bäume.</p>	<p>Landesamt für Kultur und Denkmalpflege:</p> <p>Mit der Neufassung ist nunmehr geplant, unter § 2 Abs. 1 den Schutz generell für alle Bäume ab Stammumfang 80 cm und auch für frei wachsende Hecken einzuführen und dies auch auf denkmalgeschützten Garten-, Friedhofs- und Parkanlagen sowie gestaltete Landschaftsteile gemäß Bestimmungen des DSchG M-V auszudehnen. Es wird der Verzicht auf diese Regelung gefordert und ein Verweis auf § 18 des Naturschutzausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern soll aufgenommen werden.</p> <p>Keine</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband Schwerin):</p> <p>Die Fraktion schlägt die Einschränkung „sofern nicht artenschutzrechtliche Belange nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz betroffen sind. Tot- und Altholz ist bei dafür geeigneten Flächen und unter Berücksichtigung der Verkehrssicherungspflicht</p>	<p>Höhe von 1,30 Meter in der Regel der Stammumfang nicht zu messen ist. Die Anregung wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Abwägungsvorschlag</p> <p>Die Anregung bleibt unberücksichtigt, weil in § 1 Abs. 1 ein Verweis auf § 18 des Naturschutzausführungsgesetzes im Satzungstext verankert wurde.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Das Artenschutzrecht gilt in jedem Fall unmittelbar. Es wird ein ergänzender Hinweis am Ende des Satzungstextes aufgenommen. Eine verknüpfende Verbindung zwischen zwei unabhängig geltenden Rechtsnormen sollte</p>
---	--	--

	<p>am Standort zu belassen.</p> <p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Unter Punkt 7 soll ergänzt werden: Bäume im Gewässerprofil von Gewässern zweiter Ordnung bis HW (§ 39 WHG).</p>	<p>vermieden werden. Auch eine Empfehlung zum Verbleib von Totholz wird als Hinweis aufgenommen. Dieser Änderungsvorschlag sollte teilweise abgelehnt werden.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Bei ordnungsgemäßer Gewässerunterhaltung wird dies einen Ausnahmefall darstellen. Die Regelung von Ausnahmesituationen sollte nicht in der Satzung erfolgen. Hier ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Fällung des Baumes erforderlich ist um den schadlosen Wasserabfluss zu gewährleisten. Dieser Ergänzungsvorschlag wird nicht berücksichtigt.</p>
§ 3 Verbote		
<p>(1) Die Beseitigung geschützter Bäume und frei wachsender Hecken sowie alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, sind verboten. Hierzu zählt auch die wesentliche Veränderung der arttypischen Erscheinungsform eines Baumes. Das Verbot umfasst alle Schädigungen, Beeinträchtigungen und Störungen innerhalb des Kronen- und Wurzelbereiches sowie des Baumstammes, - insbesondere:</p> <p>a) das Kappen von Bäumen;</p>	<p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Wenn Bäume oder Teile von Bäumen (Stammwurzel-Krone) im HW-Profil eines Gewässers zweiter Ordnung den schadlosen Abfluss beeinträchtigen, behindern, ist der Eigentümer des Baumes zur Beseitigung verpflichtet.</p> <p>Anmerkung von Herrn Klaus Neudeck:</p>	<p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Es wird auf die im § 6 Abs. 2 Buchstabe b) enthaltenen Regelung verwiesen, nach der eine Ausnahmen zu erteilen ist, wenn „der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte aufgrund von Rechtsvorschriften verpflichtet ist, die geschützten Bäume oder frei wachsenden Hecken zu entfernen oder zu verändern ...“. Der Hinweis bleibt an dieser Stelle unberücksichtigt.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p>

<p>b) das Anbringen von Verankerungen und Gegenständen, die Bäume oder frei wachsende Hecken gefährden oder schädigen;</p> <p>c) Abgrabungen, Ausschachtungen, Aufschüttungen oder Verdichtungen im Wurzelbereich sowie das Lagern von Baumaterialien;</p> <p>d) das Befestigen des Wurzelbereiches mit Asphalt, Beton oder einer anderen wasser- und/oder luftundurchlässigen Decke;</p> <p>e) das Ausbringen von Herbiziden;</p> <p>f) das Lagern, Ausschütten oder Ausgießen von Salzen, Säuren, Ölen, Laugen, Farben oder Abwässern;</p> <p>g) das Befahren und Beparken des Wurzelbereichs, sofern dieser nicht zur befestigten Fläche gehört;</p> <p>h) Grundwasserabsenkungen oder –anstauungen im Zuge von Baumaßnahmen;</p>	<p>Ausdrücklich erlaubt sein sollte die Anbringung von Nisthilfen für Vögel mit Befestigungsmaterial, das den Baum nicht schädigt, wie z. B. Band.</p> <p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Abgrabungen, Ausschachtungen, Aufschüttungen zur Beseitigung von Auflandungen, Einträgen und zur Herstellung und Erhaltung des HW-abführenden Gewässerprofils ist verbotsfrei zu stellen.</p> <p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Absenkungen und Anstauungen bedürfen im Bereich von Gewässern zweiter Ordnung eines von der Wasserbehörde erteilten Rechts (Hinweise u. a. § 25 WHG, § 21 folgende LWaG M-V)</p>	<p>Das Anbringen von Nistkästen ist keine Gefährdung für den Baum und im Sinne des Artenschutzes gewünscht. Eine ausdrückliche Erwähnung im Satzungstext ist entbehrlich.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Die aufgeführten Maßnahmen sind im Voraus mit der UNB abzustimmen. Ausnahmen von den Verboten können auf Grundlage des § 6 erteilt werden. Der Vorschlag wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Ein Hinweis auf unabhängig voneinander geltende Rechtsnormen sollte vermieden werden. Dies würde eine Vollständigkeit an Querverweisen suggerieren, die nicht Bestandteil der Satzung sein kann. Der Hinweis wird nicht berücksichtigt.</p>
--	---	---

<p>i) das Anwenden von auftauenden Mitteln bei Schnee oder Eisglätte, soweit nicht die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Schwerin etwas anderes vorsieht sowie</p> <p>j) das Anlegen von Feuer.</p>		
<p>(2) Nicht unter die Verbote des § 3 fallen</p> <p>a) fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen gemäß ZTV-Baumpflege;</p> <p>b) eine Kronenreduzierung von bis zu 20% ist bei einer anschließenden ordnungsgemäßen Pflege zulässig. Die Aststärke darf an den Schnittstellen maximal 10 cm betragen.</p> <p>c) der Rückschnitt bzw. das abschnittsweise Auf-den-Stock-Setzen von frei wachsenden Hecken zum Zweck der Verjüngung;</p> <p>d) die Herstellung des Lichtraumprofils an Straßen sowie der Schnitt an Formgehölzen und</p> <p>e) Schnittmaßnahmen, die der Herstellung der Verkehrssicherheit - von oberirdischen Versorgungsleitungen</p>	<p>Ortsbeirat Zippendorf: § 3 Abs. 2 nimmt Bezug auf sich selbst, den § 3. Besser wäre: Abs. 2: „Nicht unter die Verbote des Abs. 1 fallen....“</p> <p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V: Es sollte auf die „jeweils geltende Fassung“ der ZTV-Baumpflege Bezug genommen werden.</p> <p>Die Kronenreduzierung von 20% sollte sich auf die „gemessene oder geschätzte Baumhöhe“ beziehen.</p>	<p>Abwägungsvorschlag: Die Anregung wird angenommen. Der Satzungstext dahingehend geändert.</p> <p>Abwägungsvorschlag: Die Anregung wird angenommen. Der Satzungstext dahingehend geändert.</p> <p>Abwägungsvorschlag: Gemeint ist eine Reduzierung des Kronenvolumens um 20 %, unabhängig von der Baumhöhe. Der Satzungstext wird dahingehend geändert, dass ein Bezug zum Kronenvolumen unmissverständlich ist.</p>

<p>oder - der planfestgestellten Betriebsanlagen der Deutschen Bahn AG oder anderer planfestgestellter Verkehrswege sowie der Sicherung des im Rahmen der Gewässerunterhaltung zu gewährleistenden schadlosen Wasserabflusses im Bereich der Gewässer zweiter Ordnung dienen.</p> <p>Bei diesen Maßnahmen sind die Maßgaben der Fach- und DIN-Standards anzuwenden. Vor Beginn der Maßnahmen sind diese der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin anzuzeigen.</p>	<p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Eine Anzeige dieser Maßnahmen bei der Naturschutzbehörde unter Bezug auf die Baumschutzsatzung wird abgelehnt (Hinweis auf vorrangiges Bundesrecht § 39 WHG).</p>	<p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Es handelt sich hier um eine Anzeige, die auch per Mail erfolgen kann und nicht um ein Antragsverfahren. Es erfordert weder hohen Aufwand noch Zeitverzug durch eine Antragsbearbeitung. Eine Ausnahme hiervon für den Wasser- und Bodenverband wäre im Sinne der Gleichbehandlung nicht gerechtfertigt. Der Vorschlag wird nicht berücksichtigt.</p>
<p>(3) Nicht verboten sind Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben oder Sachen von bedeutendem Wert. Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin unverzüglich anzuzeigen und auf geeignete Weise (z. B. Fotos, Schnittreste) bis 4 Wochen nach Abschluss der Maßnahme zu belegen.</p>	<p>Keine</p>	
<p>(4) Fällungen sind in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar auszuführen. Im Ausnahmefall können genehmigte</p>	<p>Keine</p>	

<p>Beseitigungen sowie weitere Eingriffe, insbesondere aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht oder zur Durchführung von Bauvorhaben, nach Abstimmung mit der zuständigen Behörde, in der Zeit vom 01. März bis 30. September erfolgen.</p>		
<p>§ 4 Begriffsbestimmungen</p>		
<p>(1) Der Wurzelbereich ist die Bodenfläche unter der Krone zuzüglich 1,50 m nach allen Seiten. Bei säulenförmigen Bäumen gilt die Bodenfläche unter der Krone zuzüglich 5,0 m nach allen Seiten als Wurzelbereich.</p> <p>(2) Eine wesentliche Änderung der typischen Erscheinungsform eines Baumes liegt vor, wenn Maßnahmen vorgenommen werden, die das charakteristische Aussehen eines Baumes beeinträchtigen oder das weitere Wachstum eines Baumes erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. Hierzu zählen insbesondere das Entfernen der durchgehenden Stammverlängerung/des Leittriebes eines Baumes (Kappung).</p> <p>(3) Zerstörungen sind Eingriffe in den Wurzel-, Stamm oder Kronenbereich eines Gehölzes, die kurzfristig sein Absterben bewirken können.</p>	<p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Wurzelbereich ist die Bodenfläche unter der Krone und beträgt 1,50 m bis 5,00 m nach allen Seiten. Wie ist der Wurzelbereich definiert, wenn der Baum auf der Böschungsoberkante steht.</p> <p>Keine</p> <p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Danach sind alle Arbeiten nach § 3 (2) d Baumzerstörungen.</p>	<p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich. Die Definition der Wurzelbereichs ist unabhängig von der Geländesituation.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich. Fachgerechte Schnittmaßnahmen, die unter Einhaltung der Fach- und DIN-Standards ausgeführt werden, bewirken nicht kurzzeitig das Absterben eines Baumes. Sollten die Schnittmaßnahmen in einem so großen Umfang erfolgen müssen, dass die</p>

<p>(4) Hausgärten sind planmäßig angelegte und gestaltete Flächen, die im Zusammenhang mit einem Gebäude stehen, das zum dauerhaften Wohnaufenthalt geeignet ist. Auch gemeinschaftlich genutzte Gärten oder Grünflächen vor Wohnblöcken sind Hausgärten.</p> <p>(5) Frei wachsende Hecken sind naturnahe und bandartige Gehölzgürtel ohne intensive Pflege.</p> <p>(6) ZTV-Baumpfleger der FFL – Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpfleger.</p>	<p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V: Anregung: Hausgärten sind planmäßig angelegte und gestaltete, gärtnerisch genutzte Flächen (einschließlich ungepflegter Bereiche), die im Zusammenhang mit einem Gebäude stehen, das von einer Wohnnutzung geprägt wird. Auch....“</p> <p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V: Es erscheint widersprüchlich, dass „frei wachsende Hecken“ einerseits gepflegt werden können, andererseits aber eine durchschnittliche Mindesthöhe von 3,0 m haben müssen. Es wird angeregt, den § 4 „Begriffsbestimmungen Ziffer 5“ wie folgt neu zu fassen: „Frei wachsende Hecken sind in Zeilenform gewachsene, naturnahe Gehölzbestände“. Zu streichen ist „intensive Pflege“. Zur intensiven Pflege gehört auch das „Auf-den-Stock-Setzen“, die vorgeschriebene Mindesthöhe von drei Metern wäre dann nicht mehr gegeben. Das Begriffspaar „intensive Pflege“ sollte gestrichen werden.</p> <p>Keine</p>	<p>Gefahr bestünde, wäre im Rahmen der Anzeige der Maßnahmen über eine Fällung zu entscheiden.</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt. Der Satzungstext geändert.</p> <p>An dieser Stelle wird auf die schon ausreichend vorgenommene Definition im § 3 Abs. 2 c verwiesen und klargestellt, dass nach einem „Auf den Stock setzen“ solch gepflegte Hecken weiterhin geschützt sind. Die Anregung wird teilweise angenommen. Der Satzungstext dahingehend geändert.</p>
<p>§ 5 Schutz- und Pflegemaßnahmen</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband)</p>	<p>Abwägungsvorschlag:</p>

	Schwerin): Der § 5 sollte in „Pflege-, Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen“ umbenannt werden	Eine Begründung für diese Änderung wurde nicht angeführt. Die Anregung bleibt unberücksichtigt
(1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte haben die auf ihren Grundstücken stehenden Bäume und frei wachsenden Hecken zu erhalten, zu pflegen und schädigende Einwirkungen auf die geschützten Objekte zu unterlassen. Entstandene Schäden sind fachgerecht zu sanieren. (2) Die Landeshauptstadt Schwerin kann dem Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten eines Grundstücks auferlegen, bestimmte Pflege-, Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen an geschützten Bäumen oder frei wachsenden Hecken vorzunehmen oder zu dulden, sofern ihm die Durchführung nicht zugemutet werden kann. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen.	Keine Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Die Landeshauptstadt selbst verfügt über einen erheblichen Bestand an Bäumen, Sträuchern und Hecken und ist als Eigentümer aus finanziellen Gründen nicht in der Lage die Pflege abzusichern. Wir sehen hier eine Ungleichbehandlung und fragen nach dem Grund für die im Entwurf geplante Schärfe?	Keine Abwägung erforderlich. Es wird ausdrücklich auf einen Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen hingewiesen. Die gleichen Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen gelten auch für die Landeshauptstadt Schwerin.
§ 6 Ausnahmen		
(1) Die Landeshauptstadt Schwerin kann auf Antrag des Eigentümers, Nutzungsberechtigten oder unmittelbar Betroffenen Ausnahmen von den Verboten des § 3 zulassen, wenn das Verbot a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Ausnahme mit den öffentlichen Interessen, insbesondere dem Zweck der Schutzausweisung, vereinbar ist oder	Keine	

<p>b) eine nach sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung des Grundstücks sonst nicht oder nur unter unzumutbaren Beschränkungen verwirklicht werden kann.</p> <p>(2) Eine Ausnahme ist zuzulassen, wenn</p> <p>a) es sich um Pappeln im Innenbereich handelt und eine gemäß Anlage 2 dieser Satzung ermittelte Ersatzpflanzung oder Ausgleichszahlung erfolgt;</p> <p>b) der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte aufgrund von Rechtsvorschriften verpflichtet ist, die geschützten Bäume oder frei wachsenden Hecken zu entfernen oder zu verändern und er sich nicht in zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann;</p> <p>c) von den geschützten Bäumen oder frei wachsenden Hecken Gefahren für Personen oder für Sachen von bedeutendem Wert ausgehen und die</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen:</p> <p>Die Fraktion kritisiert die Ausnahmeerteilungen für Pappeln mit Blick auf die ökologische Bedeutung für den Artenschutz. Auch naturschutzfachlich wertvolle Schwarzpappeln fallen unter diese Ausnahmeerteilungen. Zudem sind Pappeln, selbst Hybrid-Pappeln, insbesondere in Städten wichtige Lebensräume für zahlreiche Tierarten.</p>	<p>Abwägungsvorschlag</p> <p>Die im Satzungsentwurf vorgesehene Sonderregelung bezüglich der Pappeln wird zur Akzeptanz der Satzung beitragen. Verkehrssicherheitsprobleme wg. gattungsspezifisch erhöhter Absturzgefahr bei Pappeln führen deutschlandweit zu vielen gerichtlichen (VG, OVG, BGH) Auseinandersetzungen mit Flächeneigentümern. Bei den aus Artenschutzsicht besonders wertvollen Schwarz- und Zitterpappeln, die hier fast ausschließlich im Außenbereich stehen und dort ohne Sonderregelung geschützt sind, existieren diese Probleme kaum. Die zitierte Studie von Dr. Barsig, wertet vergleichende Studien aus Auenbereichen aus, die nicht ohne Weiteres auf den engeren Siedlungsbereich (Innenbereich) übertragen werden können. Grundsätzlich haben sicher auch Hybridpappeln im Innenbereich eine Bedeutung für Tierarten, das lokale Klima und das Stadtbild, deshalb soll ja eine Fällung nur mit folgender Ersatzpflanzung möglich sein.</p>
---	--	--

<p>Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können;</p> <p>d) der geschützte Baum oder die geschützte frei wachsende Hecke krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses daran mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist;</p> <p>e) die Beseitigung der geschützten Bäume oder frei wachsenden Hecken aus überwiegendem öffentlichem Interesse dringend erforderlich ist oder</p> <p>f) ein geschützter Landschaftsbestandteil einen anderen wertvollen Landschaftsbestandteil wesentlich beeinträchtigt.</p>		
<p>§ 7 Anzeige- und Antragsverfahren</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband Schwerin): Die Fraktion plädiert für den Titel „Genehmigungsverfahren“</p> <p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“:</p> <p>Wenn ein Anzeige- und Antragsverfahren schon für zwingend gehalten wird, warum so aufwendig?</p>	<p>Abwägungsvorschlag Die Anregung wird berücksichtigt. Der Satzungstext geändert. Die übrigen Änderungsvorschläge haben redaktionellen Charakter und werden nicht berücksichtigt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich. Das Verfahren hat sich über Jahre bewährt. Für die zügige Bearbeitung der Anzeigen bzw. Anträge sind die aufgeführten Unterlagen erforderlich.</p>

<p>1) Die geplanten Schnittmaßnahmen, die nicht unter die Regelung des § 6 fallen, sind anzuzeigen. Die Anzeige ist mit dem Formular und Fotos bei der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin einzureichen. Gegebenenfalls ist ein Lageplan beizufügen. Die Landeshauptstadt Schwerin kann gegen angezeigte Schnittmaßnahmen Einwände erheben. Diese werden dem Anzeigenden nach Sichtung der vollständigen Unterlagen schriftlich mitgeteilt. Es werden keine Kompensationsmaßnahmen gefordert.</p>	<p>Ortsbeirat Zippendorf: Alle Schnittmaßnahmen sind anzuzeigen, die nicht unter § 6 fallen.</p> <p>Was ist, wenn Schnittmaßnahmen angezeigt und am gleichen Tag ausgeführt werden, aber deutlich gegen die Satzung verstoßen? Der Ortsbeirat schlägt eine Frist von 2 Wochen nach erfolgter Anzeige bis zum Beginn der Schnitтарbeiten vor.</p>	<p>Gemeint ist § 3 Abs. 2. Der Satzungstext wird dahingehend geändert</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt. Der Satzungstext dahingehend geändert</p>
<p>(2) Ausnahmen sind bei der Landeshauptstadt Schwerin schriftlich mit Begründung zu beantragen. Der Antrag ist mit dem Formular und Fotos einzureichen. Dem Antrag ist ein Bestandsplan beizufügen, aus dem die auf dem Grundstück befindlichen geschützten Landschaftsbestandteile nach Standort, Art, Höhe, Stammumfang und bei frei wachsenden Hecken nach Standort, Art, Höhe und flächiger Ausdehnung ersichtlich sind. Eine Angabe zu der geplanten Ersatzpflanzung bzw. Ausgleichszahlung ist notwendig. Die Stadtverwaltung Schwerin erstellt nach der Sichtung der vollständigen Unterlagen einen Bescheid. Im Bescheid werden die Kompensationsmaßnahmen verankert.</p>	Keine	
<p>(3) Die Stadtverwaltung Schwerin kann die beantragten Schnittmaßnahmen sowie die zur Fällung vorgesehenen Gehölze vor der</p>	Keine	

<p>Erteilung eines Bescheides vor Ort prüfen. Die Behörde kann die Realisierung der Ersatzpflanzungen überprüfen.</p> <p>(4) Die Entscheidung über einen Ausnahmeantrag ist schriftlich zu erteilen, sie kann mit Nebenbestimmungen (Auflagen, Bedingungen), insbesondere einem Widerrufsvorbehalt verbunden werden. Die Genehmigung ist auf ein Jahr nach der Bekanntmachung zu befristen. Auf Antrag kann die Frist um jeweils ein Jahr verlängert werden.</p>	Keine	
<p>§ 8 Verfahren bei Bauvorhaben</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverband Schwerin): Die Fraktion plädiert für den Titel „Baumschutz im Baugenehmigungsverfahren</p>	<p>Abwägungsvorschlag: Die Anregung wird berücksichtigt. Der Satzungstext geändert.</p>
<p>(1) Wird für ein Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung eine Baugenehmigung beantragt, so sind in einem Bestandsplan die auf dem Grundstück vorhandenen geschützten Landschaftsbestandteile mit Standort, Landschaftsbestandteilart, bei Bäumen mit Stammumfang und Kronendurchmesser, bei frei wachsenden Hecken mit Höhe und flächiger Ausdehnung einzutragen und unverzüglich unter Hinweis auf die beabsichtigte Baumaßnahme der zuständigen Baubehörde zuzuleiten. Gleiches gilt für alle geschützten Landschaftsbestandteile, die auf Nachbargrundstücken und im öffentlichen Raum stehen und von der geplanten Baumaßnahme betroffen sind.</p>	<p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Mit einem Bauantrag sind alle Landschaftsbestandteile auf dem Grundstück aufzunehmen. Dass ein Architekt bei der Erstellung eines Bauantrages die vom Bauvorhaben betroffenen aufzunehmen und zu bewerten hat, ist nach unserer Auffassung Baurecht und nicht Baumschutzrecht. Dass aber ein Bauantrag auch die Landschaftselemente des Nachbarn nachweisen soll ist nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich. Nachzuweisen sind geschützte Landschaftsbestandteile, die von der Baumaßnahme betroffen sind, unabhängig davon auf wessen Grundstück sich diese befinden. In der Regel handelt es sich hier um Bäume und frei wachsende Hecken im unmittelbaren Randbereich des Nachbargrundstückes.</p>

<p>(2) Dem Antrag auf eine Baugenehmigung ist entweder eine Erklärung des Bauherrn, dass für die Durchführung des Bauvorhabens keine nach dieser Satzung geschützten Bäume oder frei wachsenden Hecken entfernt, zerstört, geschädigt oder in ihrem Aufbau wesentlich verändert werden sollen oder andernfalls ein Antrag auf Erteilung einer Ausnahme gemäß § 6 Abs. 1 Buchstabe b) beizufügen.</p>	<p>Keine</p>	
<p>(3) Absatz 1 gilt auch für Bauvoranfragen. Die Darstellung der geschützten Bäume und frei wachsenden Hecken kann in diesem Fall maßstabsgerecht auf Abzeichnungen von Flurkarten erfolgen.</p>	<p>Keine</p>	
<p>§ 9 Ersatzpflanzung und Ausgleichszahlung</p>		
<p>(1) Wird für die Beseitigung eines geschützten Baumes eine Ausnahme nach § 6 erteilt, ist der Antragsteller zum Umpflanzen des betroffenen Baumes oder zur Ersatzpflanzung gemäß Anlage 2 verpflichtet. Der natürliche Kronenaufbau und ein durchgehender Leittrieb sind bei den Ersatzbäumen dauerhaft zu erhalten. Der Antragsteller kann geeignete, auf dem Grundstück schon vorhandene, untermaßige Jungbäume als Ersatzbaum vorschlagen. Muss ein Baum aufgrund einer drohenden Gefahr ohnehin beseitigt werden, ist kein Ersatz erforderlich. Für einzelne Bäume eines größeren Baumbestandes, die im Interesse der Erhaltung des übrigen Baumbestandes</p>	<p>Ortsbeirat Zippendorf: In § 9 wird in Abs. 1 die Ausnahme, in Abs. 2 die Genehmigung benannt. Beides nimmt Bezug auf § 6, der mit „Ausnahme überschreiben ist. Eine einheitliche Diktion –Wohl mit „Ausnahme“ ist anzustreben.</p>	<p>Abwägungsvorschlag: Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

<p>entfernt werden müssen (Pflegehieb), ist keine Ersatzpflanzung zu leisten.</p>		
<p>(2) Wird für die Beseitigung einer geschützten frei wachsenden Hecke eine Genehmigung nach § 6 erteilt, ist der Antragsteller verpflichtet, eine Ersatzpflanzung aus standortgerechten Laubgehölzen und/oder Eiben in der Handelsgröße von mindestens 60-100 cm, 2 x verpflanzt vorzunehmen. Je Meter entfernter frei wachsender Hecke ist mindestens ein Gehölz der vorgenannten Qualität als Ersatz zu pflanzen.</p>	Keine	
<p>(3) Die Ersatzpflanzung ist möglichst auf dem Grundstück vorzunehmen, auf dem das zur Beseitigung freigegebene Schutzobjekt stand. Als Ersatzpflanzungen sind standortgerechte, überwiegend einheimische Laubgehölze zu verwenden. Wenn die Grundstücksgegebenheiten dies nicht zulassen, können im Ermessen der Genehmigungsbehörde auf die jeweiligen Verhältnisse angepasste Ersatzpflanzungen bestimmt werden.</p>	Keine	
<p>(4) Sofern der Antragsteller Ersatzpflanzungen nicht in vollem Umfang im Geltungsbereich dieser Satzung durchführen kann, hat er eine Ausgleichszahlung gemäß Anlage 2 an die Landeshauptstadt Schwerin zu entrichten.</p>	Keine	
<p>(5) Für Bäume und frei wachsende Hecken auf städtischen Grundstücken ist generell eine Ausgleichszahlung zu leisten.</p>	<p>Ortsbeirat Zippendorf: Die Stadt muss immer Ausgleichszahlung leisten, wenn auf städtischen Flächen Bäume gefällt werden. Ersatzpflanzungen darf die Stadt nicht vornehmen. Warum eigentlich? Abs. 5 ist außerdem unverständlich. Deutlicher wäre: „Für die Beseitigung von Bäumen und freiwachsenden Hecken.</p>	<p>Abwägungsvorschlag: Der Ortsbeirat deutet den Satzungstext falsch: Gemeint sind Antragsteller für Baumfällungen auf städtischen Flächen. Diese müssen eine Ausgleichszahlung zahlen, welche dann zweckgebunden für geeignete Pflanzaktionen auf städtischen Flächen</p>

<p>(6) Die Landeshauptstadt Schwerin verwendet eingenommene Ausgleichszahlungen zweckgebunden für Gehölzpflanzungen, einschließlich der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege und einer anschließenden 10-jährigen Jungbaumpflege, sofern die davon finanzierten Baumpflanzungen auf städtischen Grundstücken erfolgen. Stehen keine geeigneten Pflanzstandorte zur Verfügung, können die Ausgleichszahlungen für Baumerhaltungsmaßnahmen im Geltungsbereich dieser Satzung verwendet werden.</p>	<p>Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Ersatzpflanzungen an Gewässern haben Vorrang und sind mit dem Wasser- und Bodenverband abzustimmen, Ausgleichszahlungen sind zu gleichen Teilen für Anpflanzungen und wasserwirtschaftliche Maßnahmen einzusetzen.</p>	<p>verwendet werden. Der Satzungstext wird geändert in „Für die Beseitigung von Bäumen oder frei wachsenden Hecken“</p> <p>Abwägungsvorschlag:</p> <p>Ausgleichszahlungen, die im Zusammenhang mit der Baumschutzsatzung zu leisten sind, sind zweckgebunden gemäß § 9 Abs. 6 einzusetzen. Sofern Ersatzpflanzungen an Gewässern erfolgen können, ist dies im Einzelfall mit dem Grundstückseigentümer und der Landeshauptstadt Schwerin abzustimmen. Eine Verwendung dieser Ausgleichsgelder für wasserwirtschaftliche Maßnahmen ist nicht möglich. Diese Anregung wird nicht berücksichtigt.</p>
<p>(7) Die Verpflichtung zur Ersatzpflanzung beziehungsweise Umpflanzung gilt erst dann als erfüllt, wenn die Pflanzung nach Ablauf von frühestens drei Jahren zu Beginn der nächsten Vegetationsperiode angewachsen ist.</p> <p>(8) Der Wert der zu entfernenden Bäume und frei wachsenden Hecken sowie der Ersatzpflanzung und die Höhe der Ausgleichszahlung werden nach der Berechnungsgrundlage in der Anlage 2 ermittelt.</p>	<p>Keine</p> <p>Keine</p>	
<p>(9) Die Landeshauptstadt Schwerin kann eine Sicherheitszahlung für die zu</p>	<p>Keine</p>	

leistenden Pflanzungen bis zur Höhe der ermittelten Ausgleichszahlung verlangen.		
(10) Absatz 1 gilt nicht für Bäume und frei wachsende Hecken, die auf oder unmittelbar an Ver- oder Entsorgungsleitungen, deren Verlegung nach 1990 im Einvernehmen mit der Landeshauptstadt Schwerin erfolgte, gepflanzt wurden, sofern eine Fällung durch die Leitungsträger aufgrund unvorhergesehener, unaufschiebbarer Instandsetzungsarbeiten an diesen Leitungen erforderlich ist.	Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“: Fällung von Bäumen an/bzw. auf Versorgungsleitungen/Entsorgungsleitungen. Hier ist kein Ersatz/Ausgleich fällig, hier ist eine Ergänzung zwingend notwendig. Es gibt im Stadtgebiet ca. 100 km verrohrte Gewässerstrecken. Diese sind nach unserer Auffassung im genannten Leitungsbestand § 9 (10) aufzunehmen.	Abwägungsvorschlag: Es ist keine Ersatzpflanzung/ Ausgleichszahlung zu leisten, wenn die Bäume oder frei wachsenden Hecken, auf oder unmittelbar an Ver- oder Entsorgungsleitungen, deren Verlegung nach 1990 im Einvernehmen mit der Landeshauptstadt Schwerin erfolgte, gepflanzt wurden. Folgende Formulierung sollte ergänzt werden: „unmittelbar an Ver- oder Entsorgungsleitungen bzw. verrohrten Gewässerstrecken...“ Dieser Hinweis sollte teilweise berücksichtigt werden
§ 10 Haftung des Rechtsnachfolgers		
Für die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 9 haftet auch der Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers beziehungsweise Nutzungsberechtigten.	Keine	
§ 11 Folgenbeseitigung		
(1) Hat der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 3 ohne Ausnahmegenehmigung nach § 6 ein geschütztes Landschaftsbestandteil entfernt oder zerstört, so ist er zur	Keine	

<p>Ersatzpflanzung oder zur Leistung eines Ausgleichs nach § 9 verpflichtet.</p> <p>(2) Hat der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 3 ohne eine Ausnahme nach § 6 ein geschütztes Landschaftsbestandteil geschädigt oder seinen Aufbau wesentlich verändert, ist er verpflichtet, die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern, soweit dies möglich ist. Andernfalls ist er zu einer Ersatzpflanzung oder zur Leistung eines Ausgleichs nach § 9 verpflichtet.</p>	<p>Keine</p>	
<p>(3) Hat ein Dritter einen geschützten Landschaftsbestandteil entfernt, zerstört oder geschädigt, so ist der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte zur Folgebeseitigung nach den Absätzen 1 und 2 bis zur Höhe seines Ersatzanspruches gegenüber dem Dritten verpflichtet. Er kann sich hiervon befreien, wenn er gegenüber der Landeshauptstadt Schwerin die Abtretung seines Ersatzanspruches erklärt.</p>	<p>Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V: Die Formulierung ist nicht eindeutig, es wird um Überprüfung gebeten.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen: Aus Sicht der Fraktion ist diese Formulierung unverständlich: Es sollte heißen: „Hat ein Dritter geschützte Bäume entfernt, zerstört oder beschädigt, so treffen die Eigentümer oder sonstig dinglich Berechtigten und den Dritten die gleichen Verpflichtungen wie im Fall des § 6. Von Maßnahmen gegen den Eigentümer oder sonstig dinglich Berechtigten ist Abstand zu nehmen, wenn der Dritte die Handlung nachweisbar ohne Erlaubnis des Eigentümers oder sonstig dinglich Berechtigten vorgenommen hat. Die Stadt kann in einem solchen Fall die Abtretung des Ersatzanspruches gegen den Dritten mit dem Eigentümer oder sonstigen dinglich Berechtigten vereinbaren und aus der Ersatzleistung neue Bäume im Geltungsbereich dieser Satzung anpflanzen“.</p>	<p>Abwägungsvorschlag: Die Formulierung wurde aus der Musterbaumschutzsatzung wörtlich übernommen. Es handelt sich um eine juristische Formulierung, die es ermöglicht, im Falle ungenehmigter Fällungen dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten eines Grundstückes eine Ersatzpflanzung aufzuerlegen.</p> <p>Die Formulierung sollte so beibehalten werden.</p>

§ 12 Ordnungswidrigkeiten		
<p>(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 43 Abs. 2 Nr. 1 des Naturschutzausführungsgesetzes M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>a) entgegen den Verboten des § 3 dieser Satzung geschützte Landschaftsbestandteile beseitigt, zerstört, beschädigt oder verändert, ohne im Besitz der erforderlichen Ausnahmegenehmigung zu sein;</p> <p>b) den in § 3 Abs. 4 genannten Zeitraum nicht beachtet;</p> <p>c) der Anzeigepflicht nach § 7 dieser Satzung nicht nachkommt oder falsche und oder unvollständige Angaben über geschützte Landschaftsbestandteile macht;</p> <p>d) im Rahmen des Antragsverfahrens falsche Angaben in der Begründung oder falsche und/oder unvollständige Angaben über geschützte Landschaftsbestandteile macht;</p> <p>e) entgegen des § 5 auferlegte Erhaltungs-, Pflege- und Schutzmaßnahmen nicht erfüllt;</p> <p>f) nach § 9 keine Ersatzpflanzungen durchführt und unterhält und/oder keine Ausgleichszahlungen entrichtet;</p> <p>g) einer Aufforderung zur</p>	Keine	

<p>Folgebeseitigung gemäß § 11 nicht nachkommt;</p> <p>h) entgegen § 3 Abs. 3 eine Maßnahme der Gefahrenabwehr nicht unverzüglich anzeigt;</p> <p>i) entgegen § 3 Abs. 2 Buchstabe e) Schnittmaßnahmen nicht vor ihrer Durchführung anzeigt oder</p> <p>j) die nach § 7 Abs. 4 erteilten Nebenbestimmungen nicht, nur teilweise oder nicht fristgerecht erfüllt.</p>		
<p>(2) Ordnungswidrigkeiten können nach § 43 Abs. 2 Nr. 1 des Naturschutzausführungsgesetzes M.-V. vom 23.02.2010 mit einer Geldbuße bis zu 100.000 € geahndet werden, soweit die Zuwiderhandlung nicht durch Bundes- oder Landesrecht mit Strafe bedroht ist.</p>	Keine	
<p>§ 13 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p>		
<p>Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Schwerin vom 20.05.2005 außer Kraft.</p>	Keine	
<p>Hinweis: In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass die Verpflichtung der Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, Bäume und Hecken in einem verkehrssicheren Zustand zu halten, von einer Baumschutzsatzung/ Baumschutzverordnung unberührt bleibt.</p>		

<p>Schwerin, den2014</p> <p>Angelika Gramkow Oberbürgermeisterin</p> <p>Hinweis: In der Rechtssprechung ist anerkannt, das die Verpflichtung der Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, Bäume und Hecken in einem verkehrssicheren Zustand zu halten, von einer Baumschutzsatzung/ Baumschutzverordnung unberührt bleibt.</p> <p>Anlage 1: Antragsformular Anlage 2: Bewertung der zu ersetzenden Bäume und freiwachsenden Hecken bei Fällungen</p>		<p>Folgende zum § 2 Abs. 2 Punkt 6 vorgeschlagene Ergänzungen sollten als Hinweise aufgenommen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unabhängig von den Inhalten der Baumschutzsatzung gelten die artenschutzrechtlichen Bestimmungen nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unmittelbar. - Tot- und Altholz ist bei dafür geeigneten Flächen und unter Berücksichtigung der Verkehrssicherungspflicht am Standort zu belassen. <p>Anlage 1: Antragsformular Anlage 2: Bewertung der zu ersetzenden Bäume und frei wachsenden Hecken bei Fällungen</p>

Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude“ (s. Anlage):

Der vorliegende Entwurf schafft mehr Verwaltungsaufwand und bindet hinsichtlich des Kontrollaufwandes mehr Verwaltungskräfte in der Naturschutzverwaltung. Der Satzungstext sollte im Umfang drei DIN-A-Seiten nicht überschreiten. Der Entwurf wird wegen des Umfangs abgelehnt. Die Satzung sollte einfach lesbar und verständlich sein.

Abwägung 36.2:

Durch die Herausnahme der Nadelbäume auf Wohngrundstücken und die Änderung der Schutzbestimmungen ab 80 cm wird der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert. Der Umfang des Satzungstextes ist im Vergleich mit anderen Kommunen nicht zu lang.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V:

In der Anlage 2 sollte unter Ziffer 5 „Standortsituation“ die „Gruppe 3“ getrennt werden. Ein „Gruppengehölz mit guter Entwicklung“ kann nicht einem „Einzelgehölz, das zu eng an Gebäuden steht“ im Wertfaktor 0.6 gleichgesetzt werden.

Abwägung 36.2:

Es handelt sich um eine grobe Klassifizierung zur Ermittlung des Baumwertes. Ein „Gruppengehölz mit guter Entwicklung“ kann durchaus den gleichen Wertfaktor erhalten wie ein „Einzelgehölz, das zu eng an Gebäuden steht“.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V:

Es sollte unter Ziffer 6 „Vitalität“ in der Anlage ein Schädlingsbefall ausdrücklich genannt werden. Dieser darf von Bürgern/innen nicht falsch als eine Ursache des natürlichen Absterbens interpretiert werden (z. B. führt der Befall durch die Kastanienminiermotte nicht zum Absterben der Kastanie – sonst können regelmäßig Kastanien ersatzlos gefällt werden).

Abwägung 36.2:

Ein Schädlingsbefall wird bereits unter dem Oberbegriff „Schaden“ berücksichtigt. Eine ausdrückliche Erwähnung des Begriffes „Schädlingsbefall“ würde nur zu Fehlinterpretationen durch die Anwender der Baumschutzsatzung führen.

Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V Geschäftsbereich Liegenschaften (BBL):

Nach Prüfung der Unterlagen wird mitgeteilt, dass nach derzeitigem Kenntnisstand zu dem Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundbesitz des Landes M-V weder Bedenken zu erheben noch Anregungen vorzubringen sind.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich im Satzungsgebiet forst-, wasser- oder landwirtschaftliche sowie für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen, gem. § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes M-V sowie des Staatlichen Hochbaus vom 17.12.2001 nicht zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundstück sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig.

Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachverwaltungen erfolgt ist.

Abwägung 36.2:

Beteiligt wurden u. a.:

- Forstamt Gädebehn
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

- Landesamt für Denkmalpflege
- Landgesellschaft M-V

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes:

Im Rahmen der hoheitlichen Aufgabenerfüllung müssen am Bundeswasserstraßen stehende Bäume kontrolliert und gegebenenfalls entfernt werden, um zu verhindern, dass Äste, Bäume und Sträucher in die Wasserstraße gelangen und Schäden an Schiffen oder Schifffahrtsanlagen verursachen. Auch die bloße Beeinträchtigung der Wasserstraße, als öffentlichen Verkehrsweg gilt es zu verhindern. Der § 3 Abs. 2 ist daher sinngemäß zu ergänzen:

„Die Herstellung des Lichtraumprofils an Bundeswasserstraßen sowie der Schnitt an Formgehölzen und Schnittmaßnahmen, die Herstellung der Verkehrssicherheit und der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes dienen.“

Abwägung 36.2:

Die Anregung wird berücksichtigt. § 3 Abs. 2 f wird mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Die Herstellung des Lichtraumprofils an Bundeswasserstraßen sowie der Schnitt an Formgehölzen, die der Herstellung der Verkehrssicherheit und der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes dienen.“

Dr. Peter Sander und Frau:

Meine Frau und ich würden es sehr begrüßen, wenn Nadelbäume auf eigenem Grund endlich gefällt werden dürften, besonders wenn sie eine potenzielle Gefahr für Mensch und Nachbarhäuser darstellen. Wer soll einen möglichen Schaden bezahlen, wenn bei Sturm nur grenzwärtige Stärken erreicht werden und die Versicherung Schwierigkeiten macht? Vorbeugung wäre immer besser!!!!

Abwägung 36.2:

Nicht erforderlich

Hinweise und Anregungen der öffentlichen Auslegung im Bürgercenter:

Es gab eine handschriftliche Beteiligung (Name unleserlich). Inhaltlich werden überwiegend Gedanken zu Bäumen in Waldgebieten vorgetragen. Eine Erwiderung durch 36.2 ist nicht erforderlich.

Konkrete Frage: Woher kann man die „Wertigkeit der nicht genannten Baumarten? Wer entscheidet das im Streitfall?

Antwort 36.2:

Sollte im Antragsverfahren ein in der Anlage nicht aufgeführter Baum zur Fällung beantragt werden, wird die Wertigkeit der Baumart unter Berücksichtigung der ökologischen Bedeutung einer entsprechenden Gruppe zugeordnet. Die Entscheidung trifft die Untere Naturschutzbehörde